

**100 Jahre Internationaler Frauentag
DKP-Frauenveranstaltung
DKP Baden-Württemberg**

**Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin**

**Resolution
der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der DKP-Frauentagsveranstaltung am Samstag
13.März 2010 im Waldheim Gaisburg/Stuttgart**

„Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität“ – Aussage Bundeskanzlerin

Dazu gehört, dass Armut in Deutschland und der EU vor allem weiblich ist. Drei Viertel der heute 30-59 Jahre alten Frauen sind von Altersarmut bedroht. Alleinerziehende Frauen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Hartz-IV - Gesetze bringen in neue Abhängigkeitsverhältnisse und machen Lebensplanungen zunichte. 2 von 3 Mini-Jobbern ohne Sozialversicherung sind Frauen. Frauen finden vor allem schlecht bezahlte Jobs. Ihre Löhne sind 25 – 30 % niedriger als die von Männern. Die Altersrenten von Frauen liegen 50 % unter denen der Männer. Frauen sind die ersten, die die Zeche der kapitalistischen Krise zu zahlen haben u.v.m. haben Frauen im reichen Deutschland zu ertragen.

Wir fordern Regierung und Bundeskanzlerin dazu auf, endlich mit Betrachtung dieser beschämenden Realitäten zu beginnen. Der 8.März ist und bleibt ein hochaktueller Tag des Kampfes für Frauenrechte, Menschenrechte und Frieden. Wir sind nicht der Meinung, dieser Tag des Gedenkens und Ringens um Rechte von Frauen, Müttern und Mädchen könne in einem Lande abgeschafft werden, welches sich an jedem Ort der Welt Menschenrechte einfordert.

Rüstung und Kriegsbeteiligung schreit geradezu nach einer Politik der Realitäten, die immer mit dem Schicksal von Frauen engstens verbunden waren und sind.

Vom Schaffe wird keiner reich, sagt die schwäbische Weisheit.

Wohl aber gab es nicht nur im alten Rom viel „anstrengungslosen Wohlstand“ auf Kosten der Schaffenden. Wir fordern die Regierung und Bundeskanzlerin zu deutlicher Richtigstellung in der unsäglichen Diffamierungskampagne gegen Hartz-IV - Hausfrauen, -Aufstocker, -Ein-Euro-Jobber, gegen Alleinerziehende, Familien und Kinder auf, die hauptsächlich Opfer einer unsozialen Politik sind.

Arbeitslosigkeit ist kein Problem von Millionen Arbeitsunwilligen, sondern Ausgeburd dieser kapitalistischen Marktwirtschaft seit Beginn ihrer Existenz, das muss Wahrheit bleiben. Wer Vollzeit arbeitet, muss Anspruch auf existenzsichernden Lohn und vernünftiges Leben in Wohlstand haben. Wen die Gesellschaft von menschenwürdiger Arbeit ausschließt, weil er für den Markt nicht profitabel genug, überflüssig ist, für den hat die Gesellschaft in einem solchen Umfang Sorge zu tragen, dass er nicht in materielle Armut gerät und uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben Teilhabe hat. Eine nachweislich schaffenswillige übergroße Mehrheit Betroffener in Verdacht der Faulheit zu setzen und zu beschimpfen ist zutiefst inhuman.

Maxime der schwäbischen Hausfrau sei: “Auf Dauer kann keiner über seine Verhältnisse leben“.

Für Hartz-IV - Frauen und ihre Familien klingen solche Sprüche wie purer Hohn und Zynismus. Wir fordern, es nicht bei derart pauschalen Aussagen zu belassen. Ein Land, das einen tiefen, unerklärlichen Gegensatz zwischen riesigen Reichtum und zunehmend sichtbarer Armut aufweist, muss sagen, wer wie zu unermeßlichen Reichtum und wer wodurch in bedrückende Armut gerät. Alle Erfahrung, insbesondere die Krisenerfahrungen, haben die Tatsache ans Licht gebracht, dass wachsende Armut von Millionen aus grenzenloser Bereicherung einer kleinen Schicht Superreicher und Spekulanten erwächst.

Die schwäbische Hausfrau kann rechnen, gut wirtschaften und für ihr Handeln persönlich Verantwortung übernehmen.

Wir fordern die Regierenden auf, es den schwäbischen Hausfrauen gleich zu tun. Abwrackprämie, Erbschaftssteuer, Entlastung der Hoteliers, anderer Konjunktur-„Unsinn“ und Endloskurzarbeit stehen den Tugenden schwäbischer Hausfrauen diametral entgegen. Von persönlicher Verantwortung für Krisenwirtschaft und Bankenskandale ist nahezu nichts zu hören. Das gute Rechnen und Wirtschaften der schwäbischen Hausfrau, von Hartz-IV - Frauen ganz besonders, ist nicht zu verwechseln mit gutem Rechnen und Wirtschaften für Profite und Renditen.

Wir wehren uns gegen Frauenpolitik, welche soziale Aufgaben des Staates, wie Kranken-, Alten- und Kinderversorgung, ohne Bezahlung auf die Frauen abwälzt, diese als Hilfskräfte für Erziehung und Bildung oder als Billigjobberinnen betrachtet, die Abhängigkeit vom „Ernährer“ festschreibt und Menschenrechte mehr und mehr Gesetzen des Marktes unterwirft.

Am Prinzip der „praktischen Vernunft“ sei sich zu orientieren.

Mit „praktischer Vernunft“ hat es nichts zu tun, wissentlich den Eindruck zu erwecken, das bedrohendste Problem für Staat und Gesellschaft sei Arbeitsunwilligkeit, fehlende Leistungsmotivation von Millionen Hartz-IV - Empfängern. Welche „praktische Vernunft“ gebietet es, dass ein ganzer Bevölkerungsteil nur noch als Regelsatz, Kostenverursacher, nach Markt als nutzlos und überflüssig oder unter Verdacht der Arbeitsscheu Betrachtung findet und diskutiert wird? „Praktische Vernunft“ hat nichts mit peinlichstem Stammtischniveau, würdelosestem Zynismus und inhumanen Menschenbild zu tun, wie es seit Monaten medial gepflegt wird. Wir fordern dazu auf, den oft und schwülstig benutzten Begriff der Wertegemeinschaft in umfassendem Sinne und für alle Menschen im Lande zu Maßstab und Geltung zu bringen.

Mit der hohen Neuverschuldung hätte die schwäbische Hausfrau einige Schwierigkeiten.

Keine schwäbische Hausfrau käme auf die Idee mit Unmengen an Geld um sich zu werfen, das ihr nicht gehört. Sie würde nie Milliarden an Steuermitteln lebender und noch nicht geborener Generationen zu nahezu kostenloser Gratisrettung jener verschenken, die mit ihrer kapitalistischen Profitjagd und Zockermentalität Wohlstand und Arbeit eines ganzen Volkes gefährden.

Wir fordern diese Staatsverschuldung nicht auch noch denen aufzubürden, die ohnehin schon die Opfer der Krise sind. Es kann und darf nicht sein, die Lasten über die Kommunen umzuverteilen, so dass Bildung, Kinderbetreuung, Kultur, Sport, Freizeit und somit Familien, Frauen und Kinder für die neuen Profitorgien zur Kasse gebeten werden. Schluß mit den endlosen Subventionierungen und Entlastungen der Großkonzerne und der Superreichen. Wir glauben nicht mehr an die Lügen von den Investitionen und den Arbeitsplätzen!

„Unsere Bilanz ist eindrucksvoll“ – ein beliebter Satz der Bundeskanzlerin

Wir fordern dazu auf, die Bilanzen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Alter und Armut vom Standpunkt derer zu bilanzieren, die beständig sich verschlechternden Bedingungen ausgesetzt sind. Alle Reformen haben bisher stets zu Leistungseinschränkungen geführt und vielen Bürgern, besonders Frauen mit ihren Familien die ständige Sorge gebracht, sich bessere Bildung, ausreichende Gesundheits- und Altersvorsorge, Kinderbetreuung nicht mehr leisten zu können. Flächendeckend Armenspeisung, Hungerlöhne, mehr und mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, sinkende Reallöhne bis zu moderner Tagelöhneri ist keine Bilanz, der man sich rühmen sollte.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da – eine Aussage der Bundeskanzlerin

Wir fordern genau das allen Menschen erlebbar zu machen, Armut und nicht Arme zu bekämpfen, Arbeitslosigkeit und nicht Erwerbslose zu bekämpfen. Wir fordern eine Politik, die wieder am Menschen und der zu ihm gehörenden würdevollen Arbeit orientiert ist. Es ist nicht so, dass es keine Alternativen zu der verheerend unsozialen Politik gäbe! Es kann etwas schwäbisch sein – aber es muß sozialer sein!